

„Politik als Einladung“

Erste Regierungserklärung: Ministerpräsidentin erläutert ihre Pläne

15. September 2010 – Einen „neuen Stil des Regierens“ kündigte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung an. Zum ersten Mal habe NRW eine Minderheitsregierung; dies sei Herausforderung für Regierung und Opposition gleichermaßen: „Beide haben die Chance, bei den Bürgerinnen und Bürgern Respekt, Anerkennung und Zustimmung zu erwerben, wenn sie mit dieser Situation verantwortungsvoll umgehen.“

Das Prinzip der Vorbeugung zog sich durch die Rede von Hannelore Kraft.

Wenn man heute investiere, spare man spätere Mehrausgaben oder könne sogar mit zusätzlichen Einnahmen rechnen.

Dieses Prinzip übertrug die Ministerpräsidentin auf die Bildungs- und Familienpolitik, auf die Finanz-, die Wirtschafts- und Umweltpolitik und auch auf die Arbeits-, Gesundheits- und Integrationspolitik.

Konkret erklärte Kraft, man wolle erstens „kein Kind zurücklassen“ und in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss halbieren. Zweitens solle NRW zum „Vorreiter der ökologisch industriellen Revolution“ werden. Eine Politik der „guten Arbeit“, ausgedrückt durch das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Leitungsgremien von Landesgesellschaften, stellte Kraft als dritte Handlungsmaxime vor. Viertens wolle man bei einer Mobilitätskonferenz Lösungen für die Zukunft erarbeiten. Fünftes Ziel solle die Wertschätzung des Ehrenamts sein, denn Ehrenamtliche seien „die wahren Vorbilder unserer Zeit“.

Kraft kündigte an, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen und die Studiengebühren abzuschaffen, denn für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts NRW sei es entscheidend, mehr junge Menschen zu besseren Abschlüssen zu führen. Die Regierungschefin warb außerdem dafür, den „Schulfrieden“ zu wahren und einen „Bildungskonsens“ zu finden. Die Landesregierung strebe an, überall im Land Gemeinschaftschulen möglich zu machen sowie die Ganztagsbetreuung auszubauen.

Zur Stärkung der sozialen Ausgestaltung der Arbeitswelt sowie des Zusammenhalts der Gesellschaft wolle die Regierung das Landespersonalvertretungsgesetz überarbeiten, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn anstreben und ein Tarifreuegesetz vorlegen. Für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender wolle man die vollständige Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe erreichen. Ein „Landespflegegesetz“ solle die Situation pflegebedürftiger Menschen verbessern. Für Bürgerinnen und Bürger, die nicht aus einem Land der EU stammen, wolle man sich für ein kommunales Wahlrecht einsetzen.

Die Kommunen beschrieb Kraft nicht als „Bittsteller“, sondern als Partner auf gleicher Augenhöhe. Mit dem Ziel, sie finanziell zu entlasten, müsse es fairere Regeln auf Bundes- wie auf Landesebene geben, kündigte Kraft Sofortmaßnahmen bezüglich der Grunderwerbssteuer, der Einheitslasten oder der Kita-Finanzierung an. Ein „Stärkungspakt Städtefinanzen“ solle insbesondere den Kommunen mit strukturellen Problemen helfen.

„Auch diese Landesregierung verpflichtet sich ausdrücklich den finanziellen Zielen der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus“, erklärte die Regierungschefin. Die Politik des Rotstifts bringe allerdings bestenfalls kurzfristige Entlastungen, andererseits aber einen Anstieg der langfristigen sozialen Kosten. Deshalb müsse jetzt – zur Not mit höherer Verschuldung – vor allem in Bildung investiert werden, um später ein höheres Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen zu erreichen.

Eine Umweltwirtschaftsstrategie kündigte die Ministerpräsidentin an, um NRW zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort zu machen. Kraft versprach, eine regionale Energie- und Strukturpolitik zu entwickeln und den Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen durch die Stadtwerke zu stärken. Bei Klimaschutz, Energieeinspartetechnologien und erneuerbaren Energien solle NRW Vorreiter werden und sich für eine internationale Weltausstellung „Expo Fortschrittsmotor Klimaschutz“ bewerben. Gleichzeitig betonte die Regierungschefin, sie wolle am Kohlekompromiss ohne Abstriche festhalten.

Der geplanten Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke werde die neue Landesregierung nicht zustimmen, positionierte sich Kraft gegen die Bundesregierung. Sollte der Bundesrat zum Atomgesetz nicht gefragt werden, wolle man gegen dieses Vorgehen der Nichtbeteiligung klagen.

Mit Blick auf die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen kündigte die Ministerpräsidentin eine Novellierung des Landschaftsgesetzes und zur Umsetzung des Staatsziels Tierschutz die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände an.

cw, sow, sw, bra